

STADT WEINSBERG

LANDKREIS HEILBRONN

**Benutzungsordnung
für das Bürgerhaus in Weinsberg-Wimmental**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 24.1.1984 folgende Benutzungsordnung für das Bürgerhaus Wimmental erlassen:

**§ 1
Zulassung von Veranstaltungen**

1. Das Bürgerhaus Wimmental ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Weinsberg. Es dient dem kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben der Stadt und insbesondere des Stadtteils Wimmental.
2. Das Bürgerhaus steht neben den in Abs. 1 genannten Zwecken auch für Versammlungen, Vorträge, Betriebs-, Vereins-, Schul- und Familienfeiern zur Verfügung. Weitere Benutzungszwecke können von der Stadt zugelassen werden.
3. Die Entscheidung, ob eine Veranstaltung zugelassen wird, trifft die Stadt.
4. Verschiedene Räume des Bürgerhauses werden den örtlichen Vereinen für deren regelmäßigen Übungsbetrieb überlassen. Darüber erfolgt jeweils eine besondere Regelung mit dem betreffenden Verein.

**§ 2
Begründung des Vertragsverhältnisses**

1. Die mietweise Überlassung von Räumen im Bürgerhaus Wimmental bedarf eines schriftlichen Vertrages, dessen Bestandteil diese Benutzungsordnung ist.
2. Der Vertrag kommt nach Absendung der Bestätigung der beantragten Überlassung der Mietsache auch dann zustande, wenn der Veranstalter oder Antragsteller die ihm mitgeteilten Mietbedingungen bis zum Beginn der Veranstaltung nicht ausdrücklich anerkannt hat.
3. Die von der Stadt für bestimmte Zeiträume aufgestellten Belegungspläne gelten gleichzeitig als Benutzungserlaubnis.
4. Eine Terminvormerkung ist für die Stadt unverbindlich.

§ 3 Benutzungsentgelt

1. Die Veranstalter haben für die Überlassung und Benutzung von Räumen des Bürgerhauses zu entrichten:
 - a) Die Miete und Nebenkosten nach der jeweiligen Gebührenordnung.
 - b) Vertraglich vereinbarte Entgelte für Dienstleistungen und sonstige besondere Nebenleistungen der Stadt.
2. Mehrere Veranstalter haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Zustand und Benutzung des Vertragsgegenstandes

1. Der Vertragsgegenstand wird in dem bestehenden, dem Veranstalter bekannten Zustand überlassen. Er gilt als ordnungsgemäß übergeben, wenn der Veranstalter Mängel nicht unverzüglich bei den Beauftragten der Stadt rügt.
2. Der Vertragsgegenstand darf nur zu dem im Überlassungsantrag genannten Zweck und nur zu dieser Veranstaltung benützt werden. Eine Überlassung an Dritte ist nicht zulässig.
3. Während der Veranstaltung eingetretene Beschädigungen in oder an dem Vertragsgegenstand sind der Stadt unverzüglich anzuzeigen.
4. Der Veranstalter ist verpflichtet, eingebrachte Gegenstände nach der Veranstaltung unverzüglich zu entfernen. Falls erforderlich, kann die Stadt nach Ablauf einer zu setzenden Frist die Räumung auf Kosten des Veranstalters selbst durchführen oder durchführen lassen.
5. Im Übrigen haben die Benützer mit den Räumlichkeiten und deren Einrichtungen pfleglich umzugehen.

§ 5 Pflichten des Veranstalters

1. Der Veranstalter ist verpflichtet, soweit erforderlich, sich die notwendigen behördlichen Genehmigungen, insbesondere zur Verkürzung der Gaststättensperrzeit, Schankerlaubnis etc., rechtzeitig zu beschaffen sowie die anlässlich der Veranstaltung anfallenden öffentlichen Abgaben pünktlich zu entrichten.
2. Die Stadt kann die Vorlage des Programms für die Veranstaltung verlangen. Werden das Programm oder einzelne Programmpunkte von der Stadt beanstandet und ist der Veranstalter zu einer Programmänderung nicht bereit, kann die Stadt vom Vertrag zurücktreten. Schadenersatz steht dem Veranstalter in diesem Fall nicht zu. Im übrigen gilt § 14 entsprechend.
3. Der Veranstalter ist für die Erfüllung aller die Benutzung betreffenden bau-, feuer-, sicherheits-, gesundheits-, sowie ordnungspolizeilichen Vorschriften und Anordnungen verantwortlich. Einzelanordnungen vorgenannter Art sind unverzüglich zu befolgen.

4. Die Bestuhlung vor und das Abstuhlen nach der Veranstaltung hat im Benehmen mit dem Hausmeister zu erfolgen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass Stühle und Tische sorgfältig gereinigt und nicht beschädigt werden.
5. Den Beauftragten der Stadt ist zur Wahrung dienstlicher Belange jederzeit Zutritt zu den Veranstaltungen zu gewähren.

§ 6

Polizei-, Feuerwehr-, Sanitätsdienst

Für den Einsatz von Polizei-, Feuerwehr- (Brandwache) und Sanitätsdienst hat der jeweilige Veranstalter selbst zu sorgen. Er hat auch die dafür anfallenden Kosten zu tragen.

§ 7

Hausordnung

Veranstalter, Mitwirkende und Besucher haben die Hausordnung für das Bürgerhaus Wimmmental strikt einzuhalten.

§ 8

Dekoration

1. Für das Ausschmücken des Vertragsgegenstandes mit Pflanzen, Blumen etc. hat der Veranstalter selbst zu sorgen. Nägel dürfen zu diesem Zweck in die Wände nicht eingeschlagen werden.
2. Änderungen in und an dem Vertragsgegenstand - dazu gehören auch alle Einrichtungsgegenstände - dürfen ohne ausdrückliche Zustimmung der Stadt nicht vorgenommen werden.
3. Jegliche Art von Werbung innerhalb des Bürgerhauses bzw. auf dem dazugehörigen Grundstück bedarf der Genehmigung der Stadt. Die Stadt kann verlangen, dass ihr Werbematerial für Veranstaltungen im Bürgerhaus vor Veröffentlichung vorgelegt wird.

§ 9

Instrumentenbenutzung

Der vorhandene Flügel ist Eigentum des MGV Urbanus Wimmmental und darf nur mit dessen ausdrücklicher Einwilligung benutzt werden.

§ 10

Technische Einrichtungen

Heizung und Lüftung richten sich nach dem jeweiligen Bedürfnis. Art und Umfang wird von der Stadt festgelegt.

§ 11 Bewirtschaftung

Die Bewirtschaftung hat der Veranstalter selbst zu besorgen. Er kann damit auch einen Dritten beauftragen. Dabei ist der von der Stadt abgeschlossene Getränkeliieferungsvertrag einzuhalten.

Die Zubereitung von Speisen darf nur in der dafür vorgesehenen Küche erfolgen.

Die benutzten Küchen- und Wirtschaftsräume sind vom Veranstalter selbst zu reinigen. Auch das Spülen des Geschirrs hat der Veranstalter zu besorgen. Werden vom Hausmeister bei der nachfolgenden Kontrolle Mängel festgestellt, hat der Veranstalter die Kosten der erforderlichen Nachreinigung zu tragen.

§ 12 Hörfunk-, Fernseh-, Bandaufnahmen und gewerbliche Betätigungen

1. Hörfunk-, Fernseh- und Bandaufnahmen im Bürgerhaus Wimmmental bedürfen der Erlaubnis der Stadt. Über eine an die Stadt hierfür gegebenenfalls zu leistende Vergütung ist mit dem Veranstalter eine besondere Vereinbarung zu treffen.
2. Gewerbsmäßiges Fotografieren und sonstige Gewerbeausübung im Bürgerhaus bedarf der Genehmigung der Stadt. Die Stadt ist berechtigt, dafür ein Entgelt zu verlangen.

§ 13 Haftung

1. Die Stadt überlässt dem Veranstalter den Vertragsgegenstand zur Benutzung in dem Zustand, in welchem er sich befindet. Der Veranstalter ist verpflichtet, die Räumlichkeiten, Einrichtungsgegenstände und Geräte jeweils vor der Benutzung auf ihre ordnungsgemäße Beschaffenheit für den gewollten Zweck durch seine Beauftragten zu prüfen; er muss sicherstellen, dass schadhafte Geräte oder Anlagen nicht benutzt werden.

Der Veranstalter stellt die Stadt von etwaigen Haftpflicht-Ansprüchen seiner Bediensteten, Mitglieder oder Beauftragten, der Besucher seiner Veranstaltung und sonstiger Dritter für Schäden frei, die im Zusammenhang mit der Benutzung der überlassenen Räumlichkeiten, Einrichtungsgegenstände und Geräte und der Zugänge zu den Räumen und Anlagen sehen. Der Veranstalter verzichtet seinerseits auf eigene Haftpflichtansprüche gegen die Stadt und für den Fall der eigenen Inanspruchnahme auf die Geltendmachung von Rückgriffsansprüchen gegen die Stadt und deren Bedienstete oder Beauftragte. Der Veranstalter hat bei Vertragsabschluss nachzuweisen, dass eine ausreichende Haftpflichtversicherung besteht, durch welche auch die Freistellungsansprüche gedeckt werden.

Von dieser Vereinbarung bleibt die Haftung der Stadt als Grundstückseigentümerin für den sicheren Bauzustand von Gebäuden gem. § 836 BGB unberührt.

2. Der Veranstalter haftet für alle Schäden, die der Stadt an den überlassenen Einrichtungen, Geräten und Zugangswegen durch die Nutzung im Rahmen dieses Vertrages entstehen.

Vom Veranstalter zu vertretende Schäden werden von der Stadt auf Kosten des Veranstalters behoben.

3. Für Garderobe und Wertgegenstände übernimmt die Stadt keinerlei Haftung. Der Abschluss einer Garderobenversicherung ist Sache des jeweiligen Veranstalters.
4. Die Stadt kann vom Veranstalter Sicherheitsleistungen fordern.

§ 14

Rücktritt vom Vertrag

1. Führt der Veranstalter aus einem von der Stadt nicht zu vertretenden Grund die Veranstaltung nicht durch oder tritt er aus einem solchen Grunde vom Vertrag zurück, ist die Stadt berechtigt, die der Stadt entstandenen Nebenkosten und 25 % des Benutzungsentgeltes als Ausfallentschädigung zu fordern. Die Ausfallentschädigung entfällt, wenn die Stadt den Vertragsgegenstand für die vorgesehene Zeit anderweitig vermieten kann.

Erklärt der Veranstalter den Rücktritt mindestens 6 Wochen vor dem Zeitpunkt der Veranstaltung, entfällt die Ausfallentschädigung ebenfalls.

2. Die Stadt kann vom Vertrag aus einem wichtigen Grund zurücktreten. Als wichtiger Grund gilt insbesondere die Absetzung einer Veranstaltung wegen drohender Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit.
3. Tritt die Stadt vom Vertrag zurück, so ist sie, falls der Rücktritt nicht vom Veranstalter zu vertreten ist oder höhere Gewalt vorliegt, vom Veranstalter nur zum Ersatz der diesem bis zum Zugang der Rücktrittserklärung entstandenen Aufwendungen verpflichtet. Entgangener Gewinn wird nicht ersetzt. Jede Ersatzleistung entfällt, wenn die Veranstaltung zu einem anderen Zeitpunkt nachgeholt werden kann.

§ 15**Verstoß gegen Vertragsbestimmungen**

1. Bei Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen kann die Stadt das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Der Veranstalter ist auf Verlangen der Stadt zur sofortigen Räumung und Herausgabe des Vertragsgegenstandes verpflichtet. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Stadt berechtigt, die Räumung und Instandsetzung auf Kosten und Gefahr des Veranstalters durchführen zu lassen.
2. Der Veranstalter bleibt in solchen Fällen zur Zahlung des Benutzungsentgelts verpflichtet; er haftet auch für etwaigen Verzugsschaden. Der Veranstalter kann dagegen keine Schadensersatzansprüche geltend machen.

§ 16**Erfüllungsort und Gerichtsstand**

Erfüllungsort ist ausschließlich Weinsberg. Sofern gesetzlich kein anderer ausschließlicher Gerichtsstand begründet ist, wird das Amtsgericht Heilbronn als Gerichtsstand vereinbart.

§ 17**In-Kraft-Treten**

Diese Benutzungsordnung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Weinsberg, den 24. Januar 1984

gez.
Klatte, Bürgermeister